

- Eine Kürzung der Mittel ist ein falsches Signal an alle Freiwilligen, die sich Tag für Tag in ihren Einsatzstellen engagieren -

*Eine Stellungnahme der Bundessprecher*innen des Bundesfreiwilligendienstes.*



Aktuell sind über ganz Deutschland verteilt bis zu 80.000 Menschen in Freiwilligendiensten aktiv. Ungefähr die Hälfte davon leistet einen Bundesfreiwilligendienst. Im Jahr 2021 wurde das Konzept des BFD 10 Jahre alt. Die damalige Familienministerin, Christine Lambrecht, sagte im Juli 2021 dazu: „[...] Diese neue Form des Engagements ist eine Erfolgsgeschichte. Von den Freiwilligendiensten profitieren die Freiwilligen und zugleich die Gesellschaft.“. Dennoch soll nach Informationen zur Haushaltsplanung des BMFSFJ im Jahr 2024 das Budget für die Freiwilligendienste um bis zu 20% gekürzt werden.

Das löst bei uns Unverständnis aus.

Eine Kürzung der Mittel würde zu einem Wegfall an Einsatzstellen führen. Die AWO zum Beispiel geht davon aus, dass dadurch bis zu 20% der Stellen ab dem Jahrgang 2023/2024 wegfallen würden (vgl. AWO Bezirksverband Westliches Westfalen, Pressemitteilung vom 16.02.2022). Doch vor allem die Vielfalt der Einsatzstellen, die in den letzten Jahren stetig zugenommen hat, führt dazu, dass immer mehr Menschen eine passende Einsatzstelle finden. So decken die Freiwilligendienste längst nicht mehr nur den sozialen oder ökologischen Bereich ab, sondern es gibt mittlerweile auch Angebote im sportlichen, kulturellen, politischen oder wissenschaftlichen Bereich. Der Freiwilligendienst ermöglicht so Einblicke in unterschiedliche Berufsfelder mit pädagogischer Begleitung.

Zudem wird von verschiedenen Freiwilligenvertretungen, u.a. von uns, immer wieder gefordert, Fahrtkosten für Freiwillige zu erstatten. Vor allem für Freiwillige, die nicht in der Stadt ihrer Einsatzstelle wohnen, können sehr hohe Fahrtkosten zustande kommen. Das kann, je nach der finanziellen Situation der Personen, sogar gegen einen Freiwilligendienst sprechen. Zur Realisierung einer Fahrtkostenübernahme würden weitere Fördermittel benötigt. Um den bestehenden Freiwilligendienst zu erhalten und zu verbessern, sollten die Fördermittel deswegen auf keinen Fall gekürzt werden – im Gegenteil.

Wie bereits erwähnt, lobte Frau Lambrecht, neben den Vorteilen für die Freiwilligen selbst, auch den Beitrag für unsere Gesellschaft. In Freiwilligendiensten wird wertvolles Engagement geleistet. Eine Kürzung der

Mittel ist ein falsches Signal an alle Freiwilligen, die sich Tag für Tag in ihren Einsatzstellen engagieren. Ähnlich formulierte es auch Michael Mommer, Vorsitzender der AWO NRW: „Für die meist jungen Menschen, die sich zum Wohle der Gemeinschaft engagieren wollen, wäre das ein Schlag ins Gesicht [...]“.

Deswegen fordern wir, das aktuelle Budget ungekürzt in die Eckwerte für den Haushalt 2024 zu übernehmen oder noch zu erweitern.